

Vor 75 Jahren: Die erste Nachkriegswahl in Füssen

Nur knapp neun Monaten nach der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg und dem völligen Zusammenbruch des Dritten Reiches fanden in der amerikanischen Zone wieder freie und demokratische Wahlen statt. Die Amerikaner wollten die Deutschen von ‚unten nach oben‘ wieder an die Demokratie heranführen, weshalb als erstes die Gemeinderatswahlen geplant wurden. Land und Bund folgten später.

Zuvor gab es zwar schon einen Bürgermeister sowie ein stadtratsähnliches Gremium, jedoch gingen diese nicht aus einer demokratischen Wahl, sondern durch die Ernennung der örtlichen Militärregierung hervor:¹ Nachdem der NS-Bürgermeister Hans Frank am 28.4.1945 offiziell von der Militärregierung entlassen wurde,² ernannte diese am gleichen Tag Eduard Feigel zu dessen Nachfolger.³ Entscheidungsbefugnisse hatte dieser allerdings kaum, denn es war seine Aufgabe, „alle Zivilverwaltungssachen gemaess den Gesetzen, Verordnungen, Aufrufen and [sic!] Bekanntmachungen der Militaerregierung zu erledigen.“⁴

¹ Die „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands“ vom 5. Juni 1945 gab den vier Alliierten die rechtliche Grundlage, „die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierungen, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden“ auszuüben. Zit. nach Rolf Steiniger: Deutsche Geschichte seit 1945. Darstellung und Dokumente in vier Bänden, Bd. 1 1945–1947, Frankfurt a. M. 1996, S. 102 f.

² Hans Frank starb am 6. Juni 1945 im Feldhospital des Kriegsgefangenenlagers in Heilbronn. Vgl. StdAF, V 2518: Oberbürgermeister Heilbronn an Ortspolizeibehörde Füssen, 11.12.1946;

³ Bereits am 27. April 1945 wurde Eduard Feigel vom Landrat sowie der Füssener Widerstandsbewegung als kommissarischer Bürgermeister eingesetzt und war deshalb damit beauftragt, den Alliierten die kampflose Übergabe der Stadt anzubieten. Einen Tag später wurde Feigel dann offiziell von der amerikanischen Militärregierung als „zeitweiliger Bürgermeister“ ernannt. Vgl. StdAF, V 326: Vollmacht, 27.4.1945; ebd., V 2313: Ernennung von Eduard Feigel, 28.4.1945.

⁴ Vgl. StdAF, V 2313: Ernennung von Eduard Feigel, 28.4.1945.



*Abb. 1: Eduard Feigel;
StdAF, BD 1207.*

Um diese Aufgaben erfüllen zu können, hatte Feigel einen „zeitweiligen“ 8-köpfigen Beirat zu benennen, der nur aus unbelasteten Personen bestehen durfte. Dazu führte die Militärregierung Untersuchungen durch, wobei Fragebögen ausgefüllt werden mussten, wo z. B. das Eintrittsjahr in die NSDAP kontrolliert wurde. Diesem ersten Nachkriegsbeirat gehörte u. a. Robert Erhart, der spätere Bürgermeister, an.⁵

Allerdings blieb Eduard Feigel nicht lange im Amt: Schon am 1. August 1945 gab die Militärregierung im Amtsblatt bekannt, dass er aus eigenem Wunsch „ins Privatleben“ zurückgekehrt sei. Sie bedauere diesen Schritt und hob dessen „wertvolle Dienste“ für die Stadt in „einer Zeit großer Schwierigkeiten“ hervor.⁶

Daraufhin übernahmen die Amtsgeschäfte Robert Erhart (BDV) als Erster und Karl Rothärmel (KPD) als Zweiter Bürgermeister. Sie standen einem neuen, 15-köpfigen „Stadtrat“ vor, der bereits am 3. September 1945 seine erste Sitzung abhielt. Weniger als die Hälfte dieser Gemeinderatsmitglieder war schon in der Weimarer Republik politisch in der Stadt aktiv und hatte dort für die SPD oder konservative Parteien (Mögele, RV oder BVP) im Stadtrat gesessen bzw. dafür kandidiert. Neun Personen waren politisch neu:

⁵ Vgl. StdAF, V 107: Berater des Bürgermeisters, 28.6.1945; ebd. V 2313: Ernennung von Eduard Feigel, 28.4.1945.

⁶ Vgl. Amtliche Militär-Regierungs-Zeitung für Stadt und Landkries Füssen/Allgäu: Notice/Bekanntmachung, 1.8.1945.



Abb. 2: Die Militärregierung bedauert den Rücktritt von Eduard Feigel; Militärzeitung 1.8.1945.

Unter diesen waren nur zwei Konservative und ein SPDler, jedoch vier Kommunisten.⁷ Als weiterhin rein ausführendes Organ war die politische Einstellung der Stadträte zu dieser Zeit für deren Arbeit noch nicht vorrangig und Erhart wünschte sich eine „ehrliche Zusammenarbeit unter Ausschaltung jeglicher politischer Eigenbrödelei“.⁸

Allerdings zeigt die starke ‚Fraktion‘ der KPD, dass zu dieser Zeit der Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion noch nicht so tiefgreifend und der Antifaschismus stärker als der Antikommunismus akzentuiert war.

Ein rein ernanntes Gremium war aber auf Dauer weder im deutschen noch im amerikanischen Interesse. In einer „Botschaft des Generals Eisenhower“, die in der Füssener Militärregierungszeitung abgedruckt ist, geht er auf die Demokratisierung ein: „Es wird Euch gestattet werden, [...] Euch örtlich politisch zu betätigen. [...] Volle Freiheit [...] zur Ausübung politischer Tätigkeiten in demokratischem Sinne werdet ihr schnellstens dort erlangen, wo Ihr zeigt, daß Ihr bereit seid, solche Vorrechte verständig auszuüben.“⁹

Dieser restriktiv, stark pädagogische Ansatz stellte eine komplette Kehrtwende in der Besatzungspolitik dar, da bis Juli 1945 jegliche parteipolitische Betätigung grundsätzlich für Deutsche untersagt war. Seine Weiterfüh-

⁷ Vgl. StDAF, V 370: Niederschrift über die Beratung mit den Beigeordneten der Stadt Füssen am 3. September 1945. Vgl. dazu auch StDAF, V 107: Aktennotiz, o. D., wo als erster Sitzungstag der 31.8.1945 angegeben wird. Da dies aber eine unbeglaubigte Aktennotiz für die US-Armee war, ist eher davon auszugehen, dass der Termin in den Sitzungsniederschriften korrekt ist.

⁸ Vgl. StDAF, V 370: Niederschrift über die Beratung mit den Beigeordneten der Stadt Füssen am 3. September 1945.

⁹ Amtliche Militär-Regierungs-Zeitung für Stadt und Landkreis Füssen/Allgäu: Message from General Eisenhower/Botschaft des Generals Eisenhower, 15.8.1945.

rung fand dieser Umschwung in der Frage der Neu- bzw. Wiedergründungen von Parteien, die in der Potsdamer Deklaration vom 2. August 1945 konkretisiert wurde: Es „sind in ganz Deutschland alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern.“¹⁰ Knapp einen Monat später gab Eisenhower den örtlichen US-Detachments (Abteilungen) das Recht, demokratische Parteien zu erlauben – zunächst allerdings nur temporär.¹¹ Ebenso mussten sie ein umfangreiches und äußerst penibles Genehmigungs-prozedere durchlaufen und waren stets unter strenger Überwachung.¹²

Dieses Genehmigungsverfahren durchliefen in Füßen drei Parteien: Mit der SPD und KPD gründeten sich zwei Parteien wieder, die bereits in der Weimarer Republik politisch aktiv waren. Dazu kam noch die BDV (Bürgerlich-Demokratische Vereinigung), die ohne Vorgängerorganisation und ausschließlich für diese Wahl neu gegründet wurde.¹³ Ob sie sich in der Nachfolge der BVP sah, ist in den Quellen nicht übermittelt, allerdings kann man eine personelle Kontinuität ausmachen, denn alle Kandidaten, die jetzt in der BDV zur Wahl antraten, waren in der Weimarer Republik in der BVP organisiert. Ob die BDV eine Vorgängerorganisation der CSU war, lässt sich tendenziell ebenso beantworten, obwohl einige BDVler später in der FDP waren.¹⁴

¹⁰ Charles L. Mee: Die Potsdamer Konferenz 1945. Die Teilung der Beute, Wien 1977, S. 296 f.

¹¹ Conrad F. Latour/Thilo Vogelsang: Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone 1944–1947, Stuttgart 1982, S. 13.

¹² So mussten bei der Beantragung der Parteigründung ein umfangreicher Fragebogen beantwortet werden und auch das Parteiprogramm wie die Satzung in deutscher und englischer Sprache bei den US-Behörden eingereicht werden, die von 25 unbelasteten Personen – sogenannte sponsors – unterzeichnet sein musste. Weiterhin wurden nicht nur die Wahlveranstaltungen überwacht, sondern auch die Flugplätter und Handzettel kontrolliert, was so weit ging, dass auch der Verbreitungsradius der Wahlplakate geprüft wurde. Vgl. BGVB 17/1946, Art. 12.

¹³ Vgl. StadtAF, V 4.

¹⁴ Vgl. StadtAF, V 4. Zwei der Stadträte, die 1946 für die BDV in den Stadtrat einzogen, kandidierten im Jahr 1948 für die FDP.

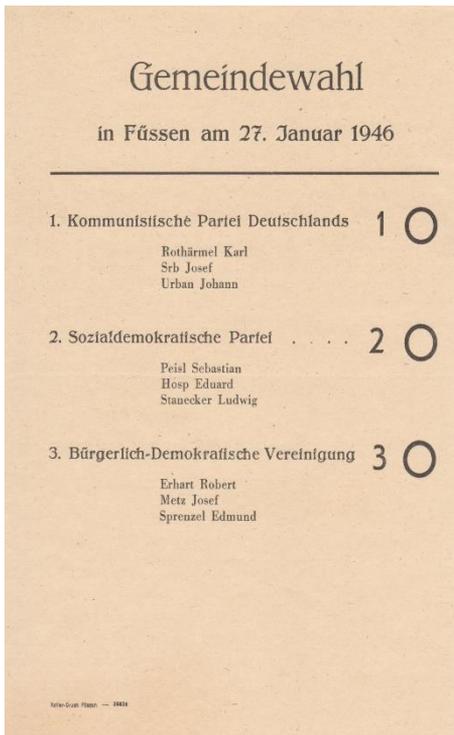


Abb. 3: Der Stimmzettel für die Gemeinderatswahl 1946 in Füssen; StdAF, V 4213.

Die erste Nachkriegswahl mit diesen drei Parteien fand am 27. Januar 1946 statt. Es kandidierten insgesamt 40 Personen für die damals 15 Stadtratssitze. Der Ausgang der Wahl war ein Erdbeben für die Konservativen: Die BDV errang mit über 62 % der Stimmen 10 Sitze. Die SPD stellte mit 27,5 % vier Stadträte und die KPD errang mit ca. 10 % einen Sitz. Die Wahlbeteiligung lag bei 76 %.

Ein kompletter Neustart in der Kommunalpolitik war diese Wahl allerdings nicht, denn von den 15 gewählten Stadträten waren bereits fünf in der Zeit der Weimarer Republik aktiv, wovon drei für die BVP (Robert Erhart, Josef Metz, Edmund Sprengel) und einer für die SPD (Sebastian Peisl) bereits im Stadtrat gesessen hatten. Josef Haf stand 1929 auf der Kandidatenliste für die

SPD, ging allerdings nur als Ersatzmann aus dieser Wahl hervor.

Die Füssenerinnen und Füssener konnten bei dieser Wahl nur die Stadträte, jedoch nicht die Bürgermeister direkt wählen. Diese wurden in der ersten Sitzung am 1. Februar 1946 des neugewählten Stadtrates von dessen Mitgliedern gewählt. Unstrittig ging die Wahl des Ersten Bürgermeisters aus, die Robert Erhart einstimmig im Amt bestätigte. Er nahm die Wahl an, allerdings mit dem Hinweis darauf, dass er sich „lieber ins Privatleben zurückgezogen hätte. Die Zeiten seien jedoch heute so, dass er die Wahl nicht ablehnen kann.“¹⁵

¹⁵ StdAF, V 371: Niederschrift über die Wahl des 1. und 2. Bürgermeisters in Füssen am 1. Februar 1946.

Problematischer gestaltete sich die Wahl des Zweiten Bürgermeisters, wobei die parteipolitischen Interessen klarer in den Vordergrund rücken: Schon vor der Wahl bestand der SPD Fraktionsvorsitzende Sebastian Peisl darauf, dass diese Stelle von einem Sozialdemokraten zu besetzen sei, da ansonsten „schon jetzt das Prinzip der Demokratie mit Füßen getreten werde.“ Die SPD wünsche sich zwar eine gute Zusammenarbeit mit den anderen Parteien, aber die Wahl eines konservativen Zweiten Bürgermeisters „würde von vornherein mehr Grund zu gegenseitigem Misstrauen als Vertrauen“ bieten.¹⁶ Obwohl sich auch Erhart für dieses „Zugeständnis“ an die Sozialdemokraten aussprach, konnte erst in einem zweiten Wahlgang der Zweite Bürgermeister ermittelt werden, wobei sich Peisl mit 8 zu 6 Stimmen (eine Stimme war ungültig) durchsetzte.

Dieser Stadtrat in Füssen blieb nun zwei Jahre im Amt, denn die Wahlordnung für Bayern sah vor, dass bereits im Jahr 1948 ein neuer Stadtrat von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt wird.

¹⁶ StdAF, V 371: Niederschrift über die Wahl des 1. und 2. Bürgermeisters in Füssen am 1. Februar 1946.